

Veranstaltung ALA vom 25. Mai 10

Abzockerinitiative versus staatliche Überregulierung

- Wie wir den Ausführungen von Herrn Prof. Binder entnehmen konnten, handelt es sich bei der Vorlage um ein komplexes Thema, das zudem unter Zeitdruck durch die politischen Instanzen gedrückt wurde.
- Meine Aufgabe ist es, die Sicht der KMU in die Diskussion einzubringen.
- Ich erlaube mir, meine Äusserungen eher plakativ zu halten – das Detailwissen ist in genügendem Mass vorhanden.
- Vorab lohnt es sich jedoch, einen Blick zurück zu werfen.
- Jeder Inhaber eines kleineren oder mittleren Unternehmens kennt die Situation einer Bilanzbesprechung mit seiner Hausbank. Zur Absicherung eines mögliche Kreditrisikos werden immer zahlreichere Unterlagen verlangt:
 - Ausführliche Revisionsberichte einer ausgewiesenen Gesellschaft
 - Unterlagen – oder die Forderung nach – Zertifizierungen, IKS, Corporate Governance Richtlinien, Bewertungsausweise von Sicherheiten usw.
- Genau jene – scheinbar – perfekten Banken, haben massgeblich dazu beigetragen, dass wir diese Diskussion heute führen.
- Während die rund 170'000 juristischen Personen ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht nachgekommen sind, haben sich ein kleiner Teil der 280 börsenkotierten Unternehmen um wirtschaftsethische Fragen foutiert und sich dem Kasinokapitalismus verschrieben.
- Nicht zuletzt die Banken – insbesondere die Grossbanken – haben dieser Entwicklung Vorschub geleistet.
- Mit der – gerechtfertigten oder auch nicht – Hilfestellung von Staaten an genau jene Grossbanken, ist die Diskussion in eine breite Öffentlichkeit getragen worden.
- Zahlreiche andere Themen werden davon überlagert. Die Abstimmung über den Umwandlungssatz oder der Staatsvertrag mit den USA – unserem zweitwichtigsten Handelspartner – sind nur ein Beispiele dafür.
- So gesehen ist der Kollateralschaden der angerichtet wurde und noch immer wird schon heute beträchtlich.
- Nun hat sich – aufgrund einer populären Volksinitiative – auch der Gesetzgeber in die Diskussion eingeschaltet.
- Nicht zuletzt aufgrund der medialen Präsenz und den nahenden Wahlen ist operative Hektik ausgebrochen.
- Weitgehende Einigkeit herrscht darin, dass Regulierungsbedarf besteht. Wie dieser allerdings auszusehen hat, darin scheiden sich die Geister.
- Pakte werden geschmiedet und wieder hintertrieben – die Medien danken es mit Präsenz.

- Tritt man einen Schritt zurück ist festzustellen, dass einmal mehr die Gefahr besteht, dass aus der Aktualität heraus legiferiert wird, die Folgen aber unabsehbar sind.
- Regulierungsbedarf besteht aus meiner Sicht bei der Sicherung der Grossbanken. Die Erhöhung der Eigenkapitalbasis scheint mir dazu ein gutes Mittel zu sein, ohne dass überreguliert wird. Mit einem einfachen Mittel wird die Sicherheit erhöht und die Risikofreudigkeit etwas vermindert.
- Geht es um die Beschneidung von Entschädigungen, kommt mein liberales Gemüt schon eher in Wallungen.
- Bei dem vom Nationalrat verabschiedeten Gegenvorschlag zur Minder-Initiative bin ich dann aber schon eher verständnislos.
- Nochmals: wir reden über ein Problem, welches im „nullkomma-Promillebereich“ aller Unternehmen möglicherweise besteht. Deshalb jedoch Regelungen aufzustellen, welche alle übrigen Unternehmen – unbesehen von der Grösse – ebenfalls betreffen, ist grotesk.
- Alle Sonntagsreden der Politiker von Links bis Rechts über die Bedeutung der KMU für unser Land nützen nichts, wenn leichtfertig solch gravierende Fehler gemacht werden.
- Die vorgeschlagenen Vorschriften für die Rechnungslegung sind ein weiterer Sündenfall, der die KMU in unserem Land unnötig belastet.
- Der Gegenvorschlag ist deshalb abzulehnen und an den Absender zu Retournieren.
- Die abschliessenden Folien von Prof. Binder sollte sich jeder Bundesparlamentarier zu Gemüte führen.
- Was das Gewerbe aber braucht, um weiterhin Stabilität, sichere Arbeitsplätze und genügend Lehrstellen bieten zu können, sind mehr Freiheiten, nicht neue Fesseln.